

Interpellation SVP-Fraktion vom 25. Februar 2013

Meldung straffälliger Jugendlicher an Schulleitungen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 17. April 2013

Die SVP-Fraktion erkundigt sich in ihrer Interpellation vom 25. Februar 2013 nach der Haltung der Regierung gegenüber dem Informationsaustausch zwischen Strafbehörden und Ausbildungsinstituten über bestimmte, von Jugendlichen verübte Delikte.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Gestützt auf Art. 33 Abs. 1 und Art. 67 des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Straf- und Jugendstrafprozessordnung (sGS 962.1; abgekürzt EG-StPO) informieren die (Jugend)Strafbehörden andere Behörden über ihre Strafverfahren, soweit diese zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben auf die Information angewiesen sind und das öffentliche Interesse an der Information gegenüber den Persönlichkeitsrechten der Parteien überwiegt. Art. 8 Abs. 1 Bst. c Ziff. 2 der Strafprozessverordnung (sGS 962.11) konkretisiert, dass die Staatsanwaltschaft dem Bildungsdepartement und dem zuständigen Schulratspräsidium Mitteilung macht bei Widerhandlungen von Schülerinnen und Schülern, durch welche die physische, psychische oder sexuelle Integrität von Dritten beeinträchtigt oder gefährdet wird.

Betreffen Anzeigen und Klagen Bereiche, in denen der Staat oder eine Gemeinde Aufsichtsfunktionen wahrnimmt und erscheinen nichtstrafrechtliche Massnahmen als notwendig, namentlich zur Sicherstellung eines geordneten Schulbetriebs, machen dem zuständigen Departement, dem Gemeindepräsidium oder dem Schulratspräsidium nach Art. 33 Abs. 2 EG-StPO Mitteilung:

- a) die Staatsanwaltschaft von der Eröffnung eines Strafverfahrens und dessen Erledigung;
- b) die Polizei bei Ahndung einer Übertretung durch Bussenerhebung auf der Stelle.

Zu den einzelnen Fragen:

Die Regierung begrüsst den Informationsaustausch zwischen den Strafbehörden und den Schulen über bestimmte Delikte. Sie hat deshalb den Antrag der vorberatenden Kommission betreffend EG-StPO (22.09.11) unterstützt, mit dem dieser Austausch statt nur in der Verordnung im Gesetz selber verankert und mit der Hervorhebung der Schule ein politisches Zeichen gesetzt wurden. Bildungsdepartement und Jugendanwaltschaft haben die Abläufe in einer Vereinbarung konkretisiert. Die Regelung bewährt sich. Das in der Interpellation angesprochene Anliegen ist bereits erfüllt. Die Regierung sieht keinen weitergehenden Handlungsbedarf.